

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921**

12.1.1921 (No. 9)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Telefon:  
Nr. 953  
und 954  
Postkonten:  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

Verantwortlich:  
Hauptredakteur:  
G. A. M. e. n. d.  
Druck  
und Verlag:  
G. Braunische  
Hofbuch-  
druckerei, beide  
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18 M 90 P.; — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die 1mal gespaltene Petitzeile oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Lagerbestandsgrößenweiser Bestellung und Kontokorrentverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### \* Der Wahlkampf in Preußen.

In Preußen hat der Wahlkampf begonnen. Auf Parteitagen und in öffentlichen Versammlungen haben die meisten Parteien des preussischen Parlaments ihre Geschwader bereits formiert, ihre Schlachttücher entrollt und das Signal zum Angriff gegeben.

Und zwar sind diesmal die Kampfsätze mit erfreulicher Bestimmtheit verkindet worden. Vor allem gilt das für die Parteien der Reaktion. Beide Parteien, „Deutschnationale“ Volkspartei und Deutsche (liberale) Volkspartei, haben ein ziemlich klares Programm aufgestellt.

Namentlich der Deutsch-liberalen Volkspartei wird man dafür dankbar sein dürfen. Denn die teilweise nicht ganz ungewollte Verschönerung hat nun ein Ende erreicht. Wir wissen, daß auch die Deutsch-liberale Volkspartei, also im wesentlichen die alten Nationalliberalen, nichts anderes sind, als eine im Grunde reaktionäre Partei, die die Wiederherstellung des alten Systems in Preußen auf ihre Fahnen geschrieben hat.

Von ihrer Nachbarpartei unterscheidet sie sich hauptsächlich dadurch, daß sie sich in taktischer Hinsicht eine größere Bewegungsfreiheit vorbehält, und nicht so ängstlich im Eingehen von Bündnissen, die ihr eine Anteilnahme an der Regierung verschaffen können. Inwiefern man von der Haltung der preussischen Deutschen Volkspartei auf die der süddeutschen Liberalen schließen darf, das bleibt allerdings noch eine offene Frage. Von jeher ist ja der preussische Nationalliberalismus um ein paar Grad mehr nach rechts gerichtet gewesen, als der süddeutsche. Das hat aber ein Zusammengehen keineswegs ausgeschlossen. Und so dürfen wir wohl im Großen und Ganzen damit rechnen, daß auch die Deutsche Volkspartei im Süden sich nunmehr offen zu einer reaktionären Parole bekennen wird.

Allerdings gibt es etwas, was besonders geeignet ist, die politische Situation für die Deutsche Volkspartei Preußens zu erleichtern. Wenn man dort für die Wiederherstellung der preussischen Monarchie eintritt, so geschieht das in der Voraussetzung, daß dieser preussische König selbstverständlich wieder deutscher Kaiser werden möchte. Es ist also den Nationalliberalen in Preußen möglich, ihre Begeisterung für das alte Preußen mit ihrer Begeisterung für das Kaiserertum zu verknüpfen. Demgegenüber liegen die Dinge bei uns im Süden ganz anders. Es gibt viele Nationalliberale (Deutsch-liberale), die wohl für das Kaiserertum schwärmen, ein preussisches Übergewicht aber keineswegs wünschen und auch die Wiederkehr all der früheren mittel- und kleinstaatlichen Dynastien als höchst untunlich empfinden.

Wie man im Schoße der Partei diese nicht ganz unwesentlichen Gegensätze ausgleichen wird, das wird uns die nächste Zukunft zeigen. Einstweilen steht jedenfalls fest, daß die Deutsche (liberale) Volkspartei in Preußen vorbehaltlos zur Reaktion abgeschrieben ist. Und auf diese Tatsache haben sich auch die „Deutschnationalen“ in Preußen bereits vollkommen eingestellt. Man spricht schon wieder von der Bruderpartei und von den gemeinsamen Zielen.

Daß die „Deutschnationalen“ in Preußen die Wiederherstellung der Monarchie, die Wiederaufrichtung des alten preussischen Systems proklamieren würden, war ja vorauszu sehen. Es ist geschehen mit einer Entschiedenheit und Schroffheit, die einstweilen wenigstens eine jede Möglichkeit zur Zusammenarbeit mit republikanisch gesinnten Parteien ausschließt.

Im Gegensatz zur Deutschen (liberalen) Volkspartei haben die „Deutschnationalen“ dann noch das völkische Bekenntnis besonders nachdrücklich betont und sich sowohl für den Militarismus, wie für die Landwirtschaft verhältnismäßig leidenschaftlich eingesetzt. Unter Landwirtschaft ist natürlich nicht die preussische Landwirtschaft als solche, sondern lediglich das Interesse der preussischen Großagrarier zu verstehen.

Bei uns im Süden wird man das unverbüllte Bekenntnis der beiden Parteien zur Reaktion, und zwar zu einer spezifisch preussisch abgestempelten Reaktion, mit recht gemischten Gefühlen vernehmen. Wir glauben, daß dem Reichsgedanken mit diesem Bekenntnis nicht gedient ist, und wir befürchten, daß die Abneigung, die in manchen Kreisen Süddeutschlands gegenüber dem preussischen Wesen besteht, angesichts dieser programmatischen Erklärungen der beiden reaktionären Parteien nicht vermindert werden wird.

Was die Deutschdemokraten anlangt, so haben sie sich unter Ablehnung rein sozialistischer Forderungen sich unumwunden für den neuen Staat, für die Grundideen der Weimarer Verfassung erklärt und werden in diesem Sinne den Wahlkampf führen. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß sich inzwischen in Berlin eine republikanische Liga gebildet hat, die alle republikanisch empfindenden Volksgenossen Deutschlands zu einer geschlossenen Einheit gegenüber der Reaktion zusammenfassen will.

Die Begründer dieser Liga sind drei Demokraten, Staatssekretär a. D. Hugo Preuß, Reichstagsabgeordneter Chefredakteur Ruschke von der „Berliner Volkszeitung“ und der thüringische Minister Freiherr von Brandenstein. Wer es mit dem neuen Staate ehrlich meint, wird der neuen Gründung ein glückliches Gedeihen wünschen. Daß sie als Gegengewicht gegen die straffen Organisationen der Reaktion notwendig ist, unterliegt gar keinem Zweifel.

Die preussischen Mehrheitssozialdemokraten haben für den Wahlkampf eine sehr entschiedene Frontstellung gegenüber der Reaktion eingenommen. Ja, man ist soweit gegangen, schon jetzt die Kandidaten zu verpflichten, daß sie sich später unter keinen Umständen an einer Koalition mit der Deutschen (liberalen) Volkspartei beteiligen werden.

Was das Zentrum betrifft, so hat der auf dem rechten Flügel der Partei stehende Führer Dr. Trimborn dieser Tage eine Rede gehalten, die — nach den Zeitungsberichten wenigstens — ein völlig klares Bild noch nicht ergibt, im übrigen aber von einer starken, vielleicht mehr gefühlsmäßigen Abneigung gegenüber der Sozialdemokratie zeugt. Trimborn hat, wenn die Zeitungsberichte zutreffen, ganz im Stil einer verflochtenen Zeit die Sozialdemokraten als „die Todfeinde der bürgerlichen Gesellschaft“ bezeichnet; ohne dabei sich bewußt zu sein, daß diese Bezeichnung „bürgerlich“ heute zu 75% ihre Geltung verloren hat, und ohne daran zu denken, daß in den Reihen seiner eigenen Partei Hunderttausende von Wählern sitzen, die, ohne deshalb Sozialisten zu sein, vom bürgerlichen Kapitalismus nichts wissen wollen.

Für Preußen wird der Ausgang der Wahlen natürlich von außerordentlicher Bedeutung sein. Was uns aber noch viel mehr interessiert, das ist die Tatsache, daß diese preussischen Landtagswahlen gleichzeitig auch wertvolle Fingerzeige für die Gesamtentwicklung unserer inneren Politik im Reiche geben werden.

### Bayerische Politik.

Über die Haltung Bayerns in der Frage der Einwohnerwehr ist in unserer Zeitung bereits mehrfach berichtet worden. Wir halten es für unsere Pflicht, heute von einer bemerkenswerten Auslassung Kenntnis zu geben, in der die Stellung und die Absichten der bayerischen Regierung des Näheren gemüßigt werden. Es geschieht dies in einem Artikel der von einer Reihe bestunterrichteter Mitarbeiter bedienten, in Karlsruhe erscheinenden „Reichskorrespondenz Nord-Süd“, die sich die Aufgabe gestellt hat, auf der Basis unbedingter Reichstreue für ein besseres Verständnis unter den Ländern und Stämmen zu werben. Der Artikel des Münchner Mitarbeiters der neuen Korrespondenz, der offenbar über die besten Beziehungen zur bayerischen Regierung verfügt, besagt u. a. folgendes:

„Es war der bayerischen Regierung i. Zt. nicht schwer, nachzuweisen, daß das Mißtrauen gegen Bayern in der Frage des französischen Geländens durchaus unbegründet war. Der Empfang des Herrn Dard und jede Besprechung mit ihm hat sich gewissenhaft in den Grenzen gehalten, die mit dem Reichsminister für Auswärtige Angelegenheiten vorher vereinbart waren. Niemals hat sich die bayerische Regierung bis heute mit auswärtigen Agenten in selbstsüchtige oder auch nur selbständige Verhandlungen eingelassen.“

Ebenso wenig kann von einer Enttäuschung der bayerischen Regierung in der Einwohnerwehrfrage die Rede sein. Ministerpräsident v. Kahr hat bisher noch keinen Schritt getan, der gegen die Politik der Koalitionsparteien verstoßen hätte. Seine Auffassung von Staatsautorität ist als bayerischer Beamter geschult, d. h. eine Politik auf eigene Faust liegt ihm als obersten Beamten des parlamentarischen Regimes ebenso fern, wie vorher als Beamten der Monarchie. Er wird also niemals versuchen, über die parlamentarische Koalition hinweg zu regieren. Den Vereinbarungen der Koalitionsparteien würde es unmittelbar widersprechen, wenn auch nur geheime Wünsche der Regierung auf eine Bevorzugung Bayerns durch den Feindbund zum Schaden des Reiches abzielen würden. Die bayerische Regierung wie das bayerische Volk will den Föderalismus als die Staatsform, die dem Kulturzweck dient, ohne dem Machtzweck des Staates zu schaden, im Gegenteil, sie will gerade den Föderalismus deshalb, weil nach ihrer Überzeugung auch die Macht des Reiches durch die kulturelle Stärke seiner Glieder gefördert wird. Frankreich will einen „Föderalismus“ in Deutschland als Mittel zur Zertrümmerung des letzten Restes deutscher Macht. Das wissen wir und darnach handeln wir in Bayern. Wir wissen auch, daß Frankreich unsere bayerische Einwohnerwehr nicht etwa wegen der Gewehre fürchtet, die diese wenigen Tausend zum großen Teil militäruntauglichen Bürger in Händen haben, sondern wegen der Erstarkung des Nationalgefühls, zu dem die treue Kameradschaft der Einwohnerwehrmänner beiträgt. Die Erstarkung des Nationalgefühls, die Erziehung des Volkes zum Bewußtsein des deutschen Staatsbürgertums, das durch den unglücklichen Ausgang des Krieges und die Revolution so schwer gelitten hat, werden wir aber in Bayern mit allen Mitteln anstreben, mag uns die Einwohnerwehr bleiben oder nicht. Über diese Absicht wollen und können wir die äußeren und inneren Feinde unseres Staates nicht täuschen.“

Wir rechnen und rechnen weder auf Frankreichs Gnade, noch auf Frankreichs Blindheit, mögen die Bierbank- und Spekulationspolitiker hüben und drüben auch noch so geistreiche Vermutungen über diese falsche Rechnung aussprechen. Wir erleben also nach dieser Richtung keine Enttäuschung. Wir werden die Einwohnerwehr entwapnen, sobald es möglich ist, ohne unseren Staat und das Reich zu gefährden; die 15 Millionen, die uns die Einwohnerwehren jährlich kosten, werden wir lieber heute als morgen einsparen. Wir haben in Bayern keine Orgeß und keine andere Selbstschutzorganisation als unsere Einwohnerwehr und die Technische Nothilfe, letztere ausschließlich zur Sicherung lebenswichtiger Betriebe gegen streikende Arbeiter. Aber wir wollen nicht verhehlen, daß von nationaler Seite in Bayern die Gründung einer umfassenden Vaterländischen Gesellschaft angestrebt wird, die alle militärischen Absichten strengstens vermeiden und nur den genannten patriotischen, staatsbürgerlichen Zielen dienen soll. Die bayerische Regierung begünstigt diese Gründung heute noch ebenso wenig wie die Orgeß für Bayern. Aber das, was zum staatlichen Leben unumgänglich notwendig ist, wird Regierung und Volk in Bayern zu schaffen und zu erhalten suchen. Alle Intrigen gegen dieses Reservatrecht, das wir natürlich auch jedem anderen Land im Reich herzlich gönnen würden und wünschen, sind vergebliche Mühe.“

### Spaprofite der Kohlenbarone.

Wie bekannt, hat die Entente weitere, d. h. über das Spa-Abkommen hinausgehende Anforderungen an Kohlenlieferung gestellt, obwohl feststeht, daß die deutsche Lieferfähigkeit selbst an die Forderungen des Spa-Abkommens nicht heranreicht.

Dazu bringt der Karlsruher „Volksfreund“ die folgenden kritischen Betrachtungen: „Das in Spa getroffene Abkommen, das mit dem 31. Januar abläuft, soll also durch raffinierte Erpresserpraktiken der Entente verschärft werden.“

Das deutsche Volk seufzt aber nicht nur unter der Erpressertaktik der Entente, sondern auch unter der Erpressung heimischer Kapitalisten. Allgemein ist bekannt, daß Deutschland monatlich 2 Millionen Tonnen Kohlen an Frankreich, Belgien und Italien liefern muß. Viel weniger ist bekannt, daß Deutschland für diese Kohlenlieferung, mit einer bestimmten Ausnahme, keine Zahlung erhält. Die fälligen Summen werden auf das Reparationskonto verrechnet. Nur die Prämie von 5 Goldmark pro Tonne ausgeführter Qualitätskohle, zahlbar von dem Empfänger, wird in bar ausgezahlt „zum Erwerb von Nahrungsmitteln für die deutschen Bergleute“ (Abschnitt 2 des Abkommens von Spa). Außerdem soll Deutschland von den alliierten Regierungen einen „Vorschuh“ empfangen in Höhe des Unterschiedes zwischen dem deutschen Inlands- und dem, jeweils geringeren, Ausfuhrpreis der englischen Kohlen ab Gafen. Diefem Vorschuh ist vor allen andern Forderungen der Alliierten an Deutschland der Vorrang der Rückzahlung zuerkannt.

Nur relativ wenigen Deutschen ist aber bekannt, welche ungeheuren finanziellen Verluste Deutschland bei der Kohlenlieferung an die Entente erleidet. Gemäß § 10 lit. a. Anlage V Teil 8 des Vertrags von Versailles muß Deutschland die

Entente-Kohlen, so weit sie nicht über Seehäfen (Rotterdam oder Antwerpen) gehen, zum deutschen Inlandspreis abgeben! Nun ist zwar der deutsche Inlandspreis für Kohlen, Koks und Bricketts rund verzwanzigfacht worden seit Kriegsbeginn, aber infolge unserer miserablen Valuta wird deutsche Kohle im nichtententeischen Ausland mit 1000 bis 1500 M. die Tonne gehandelt. Es sind hier Grenzwerte genannt. In jüngster Zeit sanken die Weltmarktpreise, immerhin darf man für die Dauer des Spa-Abkommens einen Mindest-Tonnenpreis von 2000 M. annehmen, den deutsche Kohle im nichtententeischen Ausland einbringt.

Wenn man einen Durchschnitts-Höchstpreis von 300 M. pro Tonne (Kohle, Koks und Bricketts durcheinander gerechnet) für das deutsche Inland in Ansatz bringt, so ist bald ermittelt, welcher gewaltige finanzielle Exzess Deutschland durch Verkauf des Entente-Kohles auf dem Weltmarkt zugeführt. Für sie wird uns daher nur ein Tonnenpreis von höchstens 300 M. gutgeschrieben. An jeder Tonne erleiden wir im Vergleich zu dem Weltmarktpreis, sicher 700 M. Verlust! Das sind monatlich rund 1120 Millionen, oder jährlich 13,44 Milliarden Mark! Diese gewaltige Summe wird uns nicht auf das Wiedererwerbungskonto gebucht! Ein ungeheurer Vorgang angesichts unserer verzwanzigfachen Notlage. Ein Beleg auch für die Unhaltbarkeit des Versailler Vertrags.

Aus dieser Darstellung geht hervor, daß das Reich die an die Entente abzuliefernden Kohlen, eventuell Koks, von den Bergwerksbesitzern kaufen muß. Das Reich ist darum nun doppelt interessiert an der Gestaltung der Bergbauwirtschaft, Einmal als oberster Sachwalter der inländischen Wirtschaft, zu deren Erhaltung in erster Linie Kohle benötigt wird. Dann aber auch als Ausführer der Verpflichtungen aus dem Versailler „Vertrag“. Für die Reichsfinanzen ist es darum von solch großer Bedeutung, wie sich die Kohlen-, Koks- und Brickettspreise gestalten; muß doch das Reich die 2 Millionen Tonnen Spa-Kohlen, für die es keine Bezahlung von der Entente erhält, selbst einkaufen. Welche Umsatzen hier in Betracht kommen, ergibt folgendes:

Reichen wir, wie oben, bei der Annahme eines inländischen Durchschnitts-Höchstpreises von 300 M., so gibt dies monatlich eine Ausgabe für das Reich von 600 Millionen, jährlich von 7,2 Milliarden Mark! Diese gewaltige Summe hat das Reich, da es keine eigenen Bergwerke besitzt, an die deutschen Bergwerksbesitzer abzuführen. Allein als Bezahlung für die Spakohlen; abgesehen von den Einkäufen der bekanntlich ungeheuer im Preise gesteigerten Koks- und Bricketts (Teer usw.), von denen laut dem Versailler „Vertrag“ das Reich der Entente ebenfalls bedeutende Mengen ohne Bezahlung zu liefern hat. Es ist in der Öffentlichkeit nicht bekannt geworden, ob sich der Reichstag schon einmal gründlich mit der Frage beschäftigt hat, welche Preise das Reich den privaten Bergwerksunternehmern für die Entente-Kohlen zahlt. Die weidlichen Unternehmer haben nach einer Pressemitteilung in der letzten Reichstags-Sitzung behauptet, sie „leihen bei jeder abgesetzten Tonne zurzeit bis 2 M. zu (!!!) — „allerdings“ —“ jenseits dem Gewinn aus Nebenproduktion usw. gegenüber“. An den enormen Betriebsüberschüssen, zu deren Verwertung alle Künste angewendet werden, auch an den riesigen Käufen von Kapsen- und Aluminatortiden durch die Werksbesitzer im Ruhrgebiet merkt man allerdings nichts von einer finanziellen Not in diesen Kreisen. Es ist eine sehr dringliche Aufgabe des Reichstags, von der Regierung die Belege für ihren Abrechnungsberichterstattung mit den Verkäufen der Entente-Kohlen einzufordern, um festzustellen, wie hoch der Profit ist, den die Grubenbesitzer auch bei der Lieferung der Entente-Kohlen einstecken! Daß die gesamte Schwerindustrie an Kriegsgewinnen viele Milliarden eingeheimst hat, ist im Volk bekannt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Bergwerksbesitzer auch an den Entente-Kohlen, die das Reich bezahlen muß, sehr ansehnliche Profite machen. Wie hoch sie sind, um wie viele Millionen sie das bettelarme Reich ungebührlich belasten, das zu erfahren hat die Öffentlichkeit ein gutes Recht zu fordern! Alle Reichsausgaben müssen schließlich vom Volke durch Steuern wieder gedeckt werden. Wenn auch „nur 2 M.“ pro Tonne mehr, als unbedingt erforderlich ist, den Kohlenverkäufern gezahlt werden, so macht das jährlich schon 48 Millionen Mark aus! Mit dieser Summe kann viel Elend und Sorge in den Kreisen des hungernden Volkes gemildert werden. Eine solche zuviel gezahlte Summe kommt aber sicherlich heraus, wenn der Reichstag sich beschließt, genau festzustellen, welche Preise das Reich tatsächlich für die Entente-Kohlen zahlt und welche „Nebengewinne“ die Grubenbesitzer bei den Selbstkosten- und Preisabkalkulation nicht in Anspruch bringen. Hier ist ein Punkt, wo auch angefehlt werden muß, um das unheimlich rasche Tempo unserer Notpresse zu verlangsamen. Wenn man die elende Finanzlage des Reiches bedenkt, wenn man die ungeheure Volksnot und dazu die furchtbare Belastung unseres Volkes durch die finanziellen Entente-Forderungen in Betracht zieht, so will es dem Normalmenschen schier undenkbar erscheinen, daß Deutsche bei den Zwangslieferungen an die Entente noch kapitalistischen Profit machen. Dieser Profit erhöht ja nur das grauenhafte Elend unseres Gemeinweins noch mehr.

Der Reichstag hat die Pflicht, die Höhe des Profits festzustellen. Die Rückzahlung der bereits überflüssig gezahlten Millionen muß durchgesetzt werden. Wie will man sonst den verarmten breiten Volksschichten begreiflich machen, daß sie für des Reiches Erhaltung durch hohe Steuerzahlung sorgen müssen?

## Politische Neuigkeiten. Zur Beamtenbewegung.

In der seit Sonntag abgehaltenen Sitzung des erweiterten Vorstandes des Deutschen Eisenbahnerverbandes gelangten nachstehende Entschlüsse zur Annahme:

Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes prüfte in gründlicher und gewissenhafter Weise das zwischen dem Sechzehnerausschuß und der Regierung zustande gekommene Verhandlungsergebnis. Angesichts der durch die anhaltende Geldentwertung verursachten Preissteigerung auf allen Gebieten bleibt die Erhöhung des Leuerungszuschlags für die unteren Beamten und Arbeiter so erheblich selbst hinter den bescheidensten Erwartungen zurück, daß eine Verhinderung des Reichseisenbahnerpersonals ganz ausgeschlossen ist. Das außerdem den besonderen Anlässen der an der Bewegung Beteiligten erregt, ist die unfugale Abfertigung der Zulagen, die übersteht, daß die durch den Krieg hervorgerufenen Verhältnisse eine gewisse Gleichmäßigkeit der Preise auf dem ganzen deutschen Warenmarkt erzeugten. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes sieht sich der erweiterte Vorstand außerstande, beruhigend auf die Mitglieder des Deutschen Eisenbahnerverbandes einzuwirken. In der Voraussetzung, daß auch die Vorstände der übrigen Großorganisationen der Eisenbahner trotz des erreichten Teilerfolges ähnliche Schwierigkeiten in ihren Mitgliederkreisen vorfinden, beschließt der er-

weiterte Vorstand, die bisher im Sechzehnerausschuß zusammengefaßten Verbände zu erforschen, die Einheitsfront aufrecht zu erhalten, um durch ein gemeinsames Vorgehen den unbefriedigenden Teilerfolg zu einem Ergebnis zu führen, das den Leitungen der Eisenbahnerverbände ermöglicht, die Bewegung in geordneter Weise abzuschließen.

Der erweiterte Vorstand beauftragt den geschäftsführenden Vorstand des Verbandes, unter Berücksichtigung der vorstehend angeführten Gründe die Verhandlungen weiter zu führen und im Bedarfsfalle auch vor dem letzten gewerkschaftlichen Kampfmittel nicht zurückzuziehen. Die verantwortlichen Verbände, Instanzen, Bezirksleitungen und Ortsvereinigungen sind verpflichtet, sich den angeführten Leitlinien mit aller Energie zu widersetzen. Entsteht trotzdem irgend ein Teilerfolg, so haben sie die Verpflichtung, jede Verantwortung abzuschneiden. Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes legt Verwahrung gegen die unwahre Berichterstattung über die Verhandlungen des Sechzehnerausschusses mit der Regierung ein, wie sie in der „Roten Fahne“ beliebt wird. Insbesondere weist der erweiterte Vorstand die in dem Artikel „Die verratenen Eisenbahner“ der „Roten Fahne“ vom 11. Januar enthaltenen unwahren Behauptungen ganz energisch zurück. Der erweiterte Vorstand hält die Forderung der „Roten Fahne“ für umso bedenklicher, als sie geeignet ist, die Einheitsfront der Eisenbahner, zu zerbrechen. Er ersucht die Eisenbahner, sich durch dieses Treiben nicht beirren zu lassen und sich umso fester um ihre gewerkschaftliche Organisation zu fassen.

Im Anschluß an die vorstehenden Beschlüsse kann das B.D. noch mitteilen, daß am 12. Januar vormittags Verhandlungen des Sechzehnerausschusses mit dem Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes stattfanden. Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes legt aus diesem Grunde weiter.

Nach den Berliner Abendblättern nimmt man in Beamtenkreisen an, daß weitgehende Forderungen von den Organisationen nicht gestellt werden, daß aber eine andere Verteilung der Zuschläge gefordert werden müsse.

Das Ergebnis der Abstimmung der Eisenbahnbeamten liegt lt. B.D. für die ehemals preussisch-hessischen, sächsischen, oldenburgischen und mecklenburgischen Bezirke vor. Danach nahmen von den insgesamt vorhandenen 319 732 Beamten nur 73,5 Prozent, nämlich 235 000 teil. Für den Streik stimmten nach Mitteilung der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten 192 953, also 60,3 Prozent der Beamtenschaft. Es ist anzunehmen, daß bei Berücksichtigung der noch nicht vorliegenden Ergebnisse aus Bayern, Württemberg und Baden der Prozentsatz der für den Streik stimmenden Beamten noch wesentlich, voraussichtlich bis unter 50 Prozent zurückgeht.

## Die Sozialdemokratie u. die Kommunisten.

Zu dem offenen Brief der Vereinigten Kommunistischen Partei mit der Aufforderung zur Unterstützung ihres Aktionsprogramms nimmt jetzt auch der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei das Wort. Er ist einmütig zu der Auffassung gekommen, daß die Zentrale der Kommunistischen Partei lediglich ein plummes Spiel treibe. Indem sie bereits am 9. Januar, ohne die für den 13. Januar erwartete Antwort der betragenen Organisationen abzuwarten, ihre Organisationsaufforderung, den Zerstückelungskampf weiter in die Arbeiterbewegung zu tragen, entlasse sie sich selbst und erlege damit ihre offene Anfrage ohne weiteres. Die Sozialdemokratische Partei wünscht, so erklärt der Parteivorstand, nichts dringender, als die Wiederherstellung der Einheitsfront des Proletariats, die von den Kommunisten in verbrecherischer Weise zerstört worden sei. Die Sozialdemokratische Partei warnt ihre Anhänger aufs nachdrücklichste, solchen Parolen, die nur zur Verwirrung und zur Niederlage führen, Folge zu leisten.

Zur Veröffentlichung der kommunistischen Partei Deutschlands betreffend einheitliche Lohnkämpfe und Bewaffnung des Proletariats äußert der „Vorwärts“: Wir möchten den Kommunisten dringend raten, auf solche Spässe zu verzichten und sich einmal mit den Vertretern der großen Arbeiterorganisationen zu vernünftigen Verhandlungen an einen Tisch zu setzen. Bieleicht wäre es auf diese Weise möglich, die neuen Dummheiten zu verhüten, die die Kommunisten zum Schaden der Arbeiterkraft zu begehen im Begriffe sind und für die auch nur den wenigsten Teil der Widerantwortung zu übernehmen unsere Partei aufs allerernstlichste ablehnt.

## Der Schiedspruch über die Rheintonnage.

Über den Schiedspruch des amerikanischen Schiedsrichters in der Frage der Rheintonnage, der am 8. Januar ergangen ist, werden von zuständiger Stelle folgende Einzelheiten mitgeteilt:

Der Schiedsrichter hat entschieden, daß an Frankreich abzuliefern seien: 1. ein Rahmzug von 250 150 Tonnen, Schlepper in Höhe von 43 670 Pferdekraften. 2. Die Einrichtungen der Bahnsigen Aktiengesellschaft für Rheinschiffahrt und Seetransport, die sie am 21. August 1914 besaß. 3. 76 Proz. der Aktien der Rheinschiffahrtsgesellschaft vormals Fendel-Mannheim. 4. Schiffraum und Schleppkräfte von Fendel werden auf Tonnage und Schleppkräfte zu Punkt 1 voll und ganz in Anrechnung gebracht. Der Schiedsrichter ist davon ausgegangen, daß für Wiedererwerbungsarbeiten höchstens 14,34 Prozent Tonnage- und 2,2 Proz. Pferdestärke Schleppkraft von der Rheinkante abzugeben sein werden. Er hat daher für die Berechnung der Abtretung gemäß Artikel 355 des Friedensvertrages nur 85,66 Proz. des Tonnage- und 97,8 Proz. Pferdestärke Schleppkraft der deutschen Rheinflotte zugrunde gelegt. Das sind 1 888 651 Tonnen Rahmraum und 370 264 Pferdestärke Schleppkraft. Sollte wesentlich weniger zur Reparationszwecken angegeben werden, so wird der Anspruch Frankreichs auf eine entsprechende Erhöhung der bewilligten Tonnage anerkannt. Andererseits kann die deutsche Regierung eine Herabsetzung der 76 Proz. Fendelscher Aktien beantragen, wenn sie nachweist, daß ein geringerer Prozentsatz der Aktien zur Kontrolle der Gesellschaft durch Frankreich genügen werde. Bis zum 10. Februar soll eine Einigung über die Auszahlung der Schiffe und die anderen Modalitäten und Bedingungen der Abtretung zwischen Deutschland und Frankreich erfolgen, andernfalls wird der Schiedsrichter an diesem Tage die nötigen Bestimmungen treffen. Die in dem Artikel vorgesehene Modifikation wird alsdann erfolgen, so daß die Ablieferung voraussichtlich bis zum 10. Mai stattfinden muß.

## Die Kosten des Besatzungsheeres.

Der Berichterstatter der „Daily News“ will aus amtlichen Quellen erfahren haben, daß die Kosten der Aufrechterhaltung der verschiedenen alliierten Besatzungsgruppen im Rheinlande seit dem Waffenstillstand betragen: für das amerikanische Heer 263 474 170 Dollar, für das britische Heer 51 900 890 Pfund Sterling, für das französische Heer 2 200 998 000 Francs, für das italienische Heer 15 207 717 Francs, für das belgische Heer 314 940 698 belgische Franken. Außer den in Natura erfolgten Lieferungen an das Besatzungsheer

im Betrage von vielen Milliarden Mark hat Deutschland bisher in bezug folgende Summen gezahlt: für das amerikanische Heer 608 Millionen Mark, für das britische 266 Millionen; für das französische 1 427 841 000 M., für das belgische 49 185 000 Mark. Der Berichterstatter fügt hinzu, es sei beaurkundlich, daß die Vereinigten Staaten in Brüssel nicht vertreten seien, wenn die Frage der Besatzungskosten erörtert werde. Ein Vergleich zeige, daß die Unkosten des amerikanischen Heeres im Verhältnis zum französischen phantastisch seien. Abgesehen von den nach neuester Schätzung amtlicher amerikanischer Persönlichkeiten die Unkosten für das amerikanische Heer jetzt 800 000 Dollar täglich oder 6 Millionen Mark.

## Gegen die sinnlose Politik Frankreichs.

Der italienische General Pencilenga unterzieht im Tempo die französischen Entente-Forderungen einer vernichtenden Kritik. Er erklärt, es sei absurd, die Versailler Bestimmungen proportional auf Italien anwenden zu wollen, da Italien mit seinen nur 40 Millionen Einwohnern unter viel besseren Verhältnissen als in Deutschland herrschten, mindestens 250 000 Mann zur Aufrechterhaltung der Ordnung nötig habe. Sollte aber Deutschland die Entente nach dem Buchstaben durchgeführt, so stände heute Deutschland und ganz Westeuropa unter kommunistischer Herrschaft. Auch ein weit größeres als das von Versailler Vertrag erlaubte bewaffnete Kontingent bilde keinerlei Gefahr für Frankreich mit seinem 800 000 Mann starken Heer. Es sei sinnlos zu glauben, daß Einwohnern für das schulpflege Ostpreußen oder die bayerischen Einwohnerwehren Frankreich anzureisen könnten. Frankreich fühle, daß es unter der übertriebenen Militärschuld niederbräche, Deutschland aber erhebe wieder auf, und Frankreich lache deshalb, unter allen möglichen Vorwänden, ihm den Todesstoß zu versetzen. Die Befehle des Ruhrgebietes solle nur eine Stappe auf dem Vornarische nach Berlin sein. Frankreich, welches allein nichts ausführen könne, wünsche die Beteiligung der Verbündeten. Diese aber seien wenig geneigt, mitzumachen.

Die „Basl. Nachr.“ schreiben, die französische Politik erscheine immer unverständlicher und sie müsse immer und immer wieder im unbedeutendsten ausländischen Zuschauer den Eindruck hervorbringen, daß die Sehnsucht nach dem Ruhrgebiet und die Ungutriedenheit über die Wiedererwerbungsfrage in Paris über alle übrigen Erwägungen dominiere. Es ist ja eine furchtbare peinliche Aufgabe für die Führer des französischen Volkes, ihm klar zu machen, daß ein so schwaches Deutschland nicht zahlen kann und daß es in solchen Fällen zwischen Reparationen und der sofortigen Freube am Anblick eines verblutenden Heeres. Aber irgend einmal muß die Auffklärung doch kommen, und bezogen sie die bürgerlichen Politiker nicht, so bezogen sie die Tatsachen, kommentiert von den bolschewistischen Politikern.

## Die Wirkung der Wahl Harding.

Präsident Wilson hat aus der neuen politischen Lage seit der Präsidentenwahl die Konsequenzen gezogen. Das Außenamt hat, wie in einem Telegramm der „Bas. Presse“ aus New York berichtet wird, den amerikanischen Botschafter in Paris, Wallace, angewiesen, künftig an feineren Sitzungen des Vorkonferenztarates mehr teilzunehmen. Von diesem Einschluß der amerikanischen Regierung wird das amerikanische Außenamt auch die übrigen Botschafter, die Mitglieder der Vorkonferenztarats sind, verständigen. Die amerikanische Regierung ist der Ansicht, daß sämtliche Fragen, die seit dem Waffenstillstand aufgeworfen wurden, erledigt sind. Da die Union den Versailler Frieden nicht unterzeichnet hat, so kann auch der amerikanische Vertreter naturgemäß an feineren Verhandlungen nicht teilnehmen, welche America irgendwie in Beschlässe verwickeln könnten, die auf den Versailler Frieden Bezug haben. Die gegenwärtige amerikanische Regierung, d. h. das Wilsonkabinett, ist der Ansicht, daß das Veto des amerikanischen Volkes, welches in der letzten Präsidentenwahl erteilt worden ist, eine andere Haltung nicht länger mehr gestatte, besonders weil das Land mit dieser Präsidentenwahl auch den Völkervertrag mit überwältigender Mehrheit verworfen hat.

Diese neue Haltung der amerikanischen Regierung wird auch auf die amerikanische Besatzungsarmee nicht ohne Einfluß bleiben. Sehr wahrscheinlich wird das amerikanische Okkupationskorps noch im Laufe des Monats März nach America zurückbefördert werden. Im Verlaufe der Verhandlungen im Senat über die Zerabgabe der regulären Armee erwählte der Senator New die 15 300 Mann am Rhein. Der Senator Kenrost stellte dabei die Frage, wie lange diese Truppen nach dem 4. März noch am Rhein bleiben würden. Der 4. März ist bekanntlich der Tag, an dem der neue Präsident Harding in das Weiße Haus einzieht. Senator New antwortete: „Hoffentlich nicht lange.“

„Chicago Tribune“ will übrigens erfahren haben, daß Harding alsbald nach dem Antritt der Präsidentschaft versuchen werde, unter seiner Mitwirkung eine Revision aller bisher zwischen den Alliierten und ihren einstigen Feinden abgeschlossenen Friedensverträge herbeizuführen. Harding hat damit die Revisionenatwendigkeit der Verträge von Versailles, Neuilly und Sevres deutlich erklärt.

## Die Erwerbslosen in Deutschland.

Wie aus dem Reichsarbeitsministerium gemeldet wird, ist die Zahl der Erwerbslosen in der Zeit vom 1. bis 15. Dezember 1920 erneut und zwar nicht unerheblich gestiegen. Es betrug am 15. Dezember die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger im Reich 365 307 gegen 350 368 am 1. Dezember, die Zahl der unterstützten Familienangehörigen 380 384 gegen 352 252. Ist auch bei diesen Ziffern der Einfluß der Jahreszeit nicht zu verkennen, so wurden doch in erster Linie der verschärfte Kohlenmangel und die noch immer bestehende Arbeitslosigkeit für die Zunahme der Erwerbslosigkeit verantwortlich zu machen sein. Wenn man dazu berücksichtigt, daß während des Jahres 1920 über 2000 Anträge auf Förderung aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge eingegangen sind, so kann man sich ein ungefähres Bild davon machen, wie es in Deutschland aussehe würde, wenn nicht ständig Reich, Länder und Gemeinden mit ungeheuren Opfern zur Behebung der Erwerbslosigkeit eingriffen.

## Kurze polit. Nachrichten.

\* Die deutsche Friedensdelegation hat der Botschafterkonferenz in Paris eine Note übermittelt, in der sie die unhaltbaren Zustände in Oberösterreich scharf und energische Maßnahmen gegen den polnischen Terror fordert.

\* Die Hensburger Vorgänge. Die Hensburger Polizeiverwaltung protestiert gegen die Ausschreitungen des Ministers Severing im Hauptausgang der preuß. Landesversammlung und beklagt die ansehnliche Ergebnislosigkeit der Hausdurchsuchung beim kommunistischen Hoffmann sowie dessen Erschießung in gefesseltem Zustand. Die Polizeiverwaltung fand einen telegraphischen Bericht an den Minister des Innern und erbat die schleunige Abklärung zur Verhütung weiterer Unruhen.

# Badische Uebersicht.

## Der Schluß an Ostern.

(Von unserm parlamentarischen Mitarbeiter.)

Als am Dienstag nachmittag im **Haushaltsausschuß** des Landtags der 2. Nachtrag für das Ministerium des Kultus und Unterrichts behandelt wurde, kam begreiflicherweise bei der Position Gymnasien auch der neu einzuführende Schluß an Ostern zur Sprache.

Der Unterrichtsminister Hummel wies in längeren Darlegungen vor allem die Presseangriffe in deutsch-nationalen Blättern zurück, die durchaus unberechtigt waren und von falschen Voraussetzungen ausgingen. Nachdem das Reichsschulgesetz über die 4-jährige Grundschule vorliegt, sei der Schluß an Ostern einfach eine Notwendigkeit geworden. Die Gymnasien und Hochschulen müssen sich diesem Gesetze anpassen. Ein einheitlicher Schluß ist für das Deutsche Reich zweifellos wünschenswert. In Preußen bestimme schon der Osterschuljahr, in Bayern, Württemberg, Hessen und Sachsen habe man sich für ihn entschieden. Sollte da Baden isoliert stehen? Wir hätten uns unter Umständen auch dem Herbstbeginn gefügt, wenn die anderen Länder sich darauf einigten hätten. Aber Einheitlichkeit sei notwendig, schon wegen des Domizilwechsels der von und nach Baden ziehenden Eltern der Kinder. Die hauptsächlichsten Gegner des Osterschuljahres seien die Philologen gewesen; aber auch diese müssen sich damit abfinden. Zudem habe die badische Unterrichtsverwaltung alle beteiligten Kreise vor ihrer endgültigen Stellungnahme gehört.

Es sei auch unrichtig, wenn behauptet wurde, das ganze Pensum habe der Schüler bis Ostern zu leisten; einen solchen Standpunkt nahm das Unterrichtsministerium nie ein. Im allgemeinen überwiegen die Vorteile des Osterschuljahres seine Nachteile und deswegen müsse er zur Einführung gelangen.

Ein weiterer Vertreter der Unterrichtsverwaltung erläuterte noch die Schwierigkeiten, die sich ergeben hätten, wenn man den Oktoberbeginn ins Auge faßte. Die Landesschulen in Baden, zu denen oft ein langer Schulweg zu machen sei, wären dabei hart betroffen worden. Denn die 6-jährigen Schüler und Schülerinnen seien den Wetterstrapazen im Oktober kaum gewachsen, während sie an Ostern doch weniger unter den Witterungseinflüssen beim Schulweg zu leiden hätten.

Der Haushaltsausschuß verwarf die Berechtigung dieser Gründe nicht und billigte den Osterschuljahr.

## Zur Befoldungsordnung.

LPD. Der Haushaltsausschuß des Landtags befaßte sich in seiner Montagsitzung mit einem Antrag des Justizministeriums dahingehend, daß unter Vorbehalt einer entsprechenden Revision der Befoldungsordnung die planmäßig angestellten Beamten, soweit sie in Gruppe III eingereiht sind nach Gruppe IV und die in Gruppe IV eingereiht nach Gruppe V versetzt werden sollen. Die außerplanmäßig angestellten Beamten dieser Art sollen als Anwärter der Gruppe IV behandelt werden. Dafür sollen die Freizeiten etwas gekürzt und die tägliche Dienstzeit von 8 1/2 auf 9 Stunden erhöht werden. Bei diesen Beamtenkategorien handelte es sich um das Aufsichtspersonal der Straf- und Erziehungsanstalten. Das Justizministerium bemerkte zu seinem Antrag, daß durch 17 neue Aufstellungen gespart würden, was bei der schiedlichen Finanzlage nicht von der Hand zu weisen sei. Nach längerer Aussprache in deren Verlauf von einigen Abgeordneten auch Bedenken gegen den Antrag vorgebracht wurden, wurde der Antrag des Justizministeriums mit allen gegen eine Stimme genehmigt.

## Zur Beamtenebewegung.

LPD. Offenburg, 11. Jan. Hier fand eine Eisenbahnerversammlung der deutschen Eisenbahnergewerkschaft, Landesverband Baden am Montag statt. Den Vorsitz führte Herr Rauzer-Offenburg. Das Hauptreferat hielt Klau-Mainz, ferner sprachen noch Weß und Büdler, beide aus Karlsruhe. Die Aussprache war sehr lebhaft, eine von kommunikativer Seite eingebrachte Entschliessung, für die mehrere Redner der kommunikativen Internationale zu Offenburg einzutreten und in der den Führern der Eisenbahnergewerkschaft das Mißtrauen ausgesprochen und der Abbruch der Tarifverhandlungen zur Einleitung einer sofortigen revolutionären Aktion verlangt wurde, kam schließlich auf Wunsch der Antragsteller nicht mehr zur Abstimmung, da es sich herausgestellt hatte, daß die Kommunisten nur geringen Anhang in der Versammlung besaßen. Reichstagsabgeordneter Adolf Gied sprach den Kommunisten das Recht ab, in einer gewerkschaftlichen Versammlung zu reden. Schließlich wurde von der von nahezu 1000 Eisenbahner besuchten Versammlung eine Entschliessung angenommen, in der es heißt: Die von den drei Großorganisationen einberufene Versammlung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen den in Berlin zwischen der Regierung und dem Iser Ausschuss zustande gekommenen Kompromiß. Die Versammlung verwahrt sich vor allem dagegen, daß bei Bewilligung der Teuerungszulage durch den Aufbau derselben auf Ortsklassen eine nochmalige Verschärfung zwischen Stadt und Land geschaffen werden soll. Darüber hinaus weist die Versammlung die in dem Kompromiß enthaltenen Forderungen als ungenügend und in keinem Verhältnis zu der tatsächlichen Lage der Eisenbahner stehend zurück. Die Versammlung fordert die Vertreter sämtlicher Gewerkschaften auf, unverzüglich an den gestellten Forderungen festzuhalten.

## Eine Rede Erzbergers in Konstanz.

LPD. In einer von etwa 3000 Personen besuchten Versammlung in Konstanz sprach Reichstagsabgeordneter a. D. Erzberger. Die Versammlung nahm einen durchaus ruhigen und sachlichen Verlauf; der Redner wurde nur ab und zu von harmlosen Zwischenrufen unterbrochen, auf die er erwiderte. Erzberger sprach über die politische Lage und bezeichnete den Friedensvertrag von Versailles als die größte Katastrophe, die je einem Volke zugefügt wurde. Wir müßten eine starke Zentralgewalt im Reich schaffen und auch die Gleichberechtigung der Stämme und Länder. Eine Deckung unseres wirtschaftlichen Fehlbedarfs von 60 Milliarden Papiermark sei unter bestimmten Voraussetzungen möglich; 30 Milliarden könne die deutsche Landwirtschaft durch Produktionssteigerung decken; was für die Landwirtschaft gelte, das gelte auch für die Industrie. Die Arbeiterklasse müsse zum Träger der Produktion selbst gemacht werden, der Arbeiter mit seiner Arbeitsstätte eine innere seelische Verbindung bekommen, und am Ertrag und Gewinn seiner Arbeit

beteiligt werden. Dann verteidigte Herr Erzberger die Richtigkeit seiner Steuerpolitik und wandte sich gegen den Beamtenstreik. Er trat für eine Besserstellung der Beamtenschaft, für eine automatische Erhöhung der Teuerungszulagen ein. Zur Ermöglichung der Wiedergutmachungsverpflichtung sei die Einführung einer nationalen Arbeitsdienstpflicht für die Jugend von 18 bis 20 Jahren geboten. Zum Schluß behandelte Erzberger kulturelle Fragen und bezeichnete die Pflege der kulturellen, religiösen Güter für das wichtigste Gebot der Stunde. Er empfahl eine Verbreiterung der Basis der Zentrumspartei, die er nicht in der Angliederung des protestantischen Teils der deutschen Arbeiterschaft an das Zentrum, sondern in der Wiedergewinnung der 3 1/2 Millionen katholischer Wähler, die bei den letzten Wahlen sozialdemokratisch gewählt haben, sehen möchte. Erzberger will die Schöpfung eines großen Blocks einer starken Mitte. Die Rede wurde mit außerordentlichem starkem Beifall aufgenommen.

## Kurze Nachrichten aus Baden.

**Vertrag, 11. Jan.** Die in dem Badisch-pfälzischen Buchhändlerverband organisierten selbständigen Sortimentler der schwäbischen Grenze, haben sich zu einer Vereinigung zusammengeschlossen, um die unerträglich gewordenen Verhältnisse im Grenzgeschäft einer Besserung zuzuführen.

**Waldschutz, 11. Jan.** Die Schriftleitung des hiesigen Zentrumsblattes, der Neuen Badischen Zeitung hat Redakteur Max Heller, gebürtig aus Bonndorf übernommen. Der bisherige Leiter des Blattes, Redakteur Karl Fried, ist am 1. Januar aus der Redaktion der Neuen Badischen Zeitung ausgeschieden.

**Konstanz, 11. Jan.** Von heute an wird die Grenze jede Woche einmal und zwar am Donnerstag abend bis 11 Uhr geöffnet bleiben, während sie sonst nur bis 9 Uhr abends passiert werden kann.

## Aus der Landeshauptstadt.

### Für eine feste Rheinbrücke bei Magau.

Unter dem Vorsitz des Mitgliedes des Reichswirtschaftsrates Kästner-Rastbach hielt gestern der Verein zur Förderung des badisch-pfälzischen Verkehrs durch Errichtung einer festen Rheinbrücke bei Magau im großen Sitzungssaal der Handelskammer seine 4. ordentliche Mitgliederversammlung ab. Erschienen waren dazu u. a. Minister Kemmele, Staatsrat Schulz, der Direktor der Reichseisenbahnen in Baden, Oberbürgermeister, Dr. Finter-Karlsruhe und zahlreiche Vertreter aus der Pfalz. Stadtratungsmitglied Pfeiff hielt einen Vortrag über die Stellung der Reichsregierung zum Projekt einer festen Rheinbrücke bei Magau. Der Redner leitete darin die rechtliche Verpflichtung des Reichs zum Bau einer festen Rheinbrücke aus dem zwischen Baden und Württemberg am 31. März 1864 vereinbarten Übereinkommen über den Bau der Magauer Schiffsbrücke her. Nach zwingender als diese Verpflichtung sei diejenige, die der revidierten Rheinvertragsakte von 1868 entspringt. Da die Straßen- und Wasserbauarbeiten, die Eisenbahn- und Schiffahrtstechnischen Verhältnisse beim Rheinübergang Magau-Maximiliansau derzeit seien, daß zum Vollzug der beiden Verpflichtungen eine andere Lösung als der Erbau der Eisenbahn-Schiffsbrücke durch eine feste Brücke für den Eisenbahn- und Straßenverkehr nicht in Betracht komme, könne mit Bestimmtheit behauptet werden, daß das Reich unter gewissen Voraussetzungen rechtlich verpflichtet sei, das Magauer Brückenprojekt auszuführen. Die wünschenswerten Änderungen der Verhältnisse rechtfertigten es nicht, dem Antrag nach Wiederaufnahme der Verhandlungen über den Bau einer festen Brücke bei Magau nicht zu entsprechen. Aus außen- und innenpolitischen Gründen, die sich seit 1918 ergeben haben, sei der Brückenbau notwendiger als je geworden. Die schlechte Finanzlage aller Beteiligten dürfe gegen den Brückenbau nicht geltend gemacht werden. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

In der Aussprache machte Staatsrat Schulz Bedenken gegen den Brückenbau geltend, vor allem, weil die Kosten zu hoch seien. Diese würden 180 1/2 Mill. Mark betragen, wovon 62 Millionen auf die Zufahrten zur Brücke kämen. Vom Reiche habe die Eisenbahnverwaltung den strikten Befehl zu größter Sparsamkeit erhalten. Oberbürgermeister Dr. Finter-Karlsruhe war der Meinung, daß das Bedürfnis für die Brücke aus wirtschaftlichen und politischen Gründen gegeben sei. Minister Kemmele erklärte, die badische Regierung anerkenne nach wie vor die Notwendigkeit der festen Rheinbrücke. In der weiteren Aussprache sprachen sich Biegler-Verzobern, Stadtrat und Konrad Wenzinger, ferner Kommerzienrat Moninger und der Berichterstatter für den Bau der festen Rheinbrücke aus. Dann wurde die Versammlung geschlossen.

### Die Tätigkeit der Mietzins-Kommission.

Die auf Veranlassung des Bürgermeisters zusammengetretene Mietzinskommission zur Beratung von Mietzins- und anderen Fragen des Mietrechts, welche im Sinne des im Entwurf vorliegenden Reichsmietzinsgesetzes zunächst den Entwurf eines Mietvertragsformulars oder eines Nachtrags zu bestehenden Mietverträgen anstrebt, worin eine den gesteigerten Kosten der Hausbesitzer Rechnung tragende Normalmietzinsberechnung vorsehen ist, hat bereits wichtige vorläufige Ergebnisse erzielt. Die „R. P.“ weiß darüber folgendes zu berichten: Nach gegenseitiger Aussprache der Vertreter des Grund- und Hausbesitzervereins und der Mieter, unter Mitwirkung der Vorsitzenden des Mietzinsungs- und Wohnungsamts und der Vertreter der Karlsruher Gerichte und Rechtsanwältinnen wurde einstimmig beschlossen, daß die von der Stadt zur Handhabung zu empfehlende Mietzinsberechnung sich aus der Grundmiete, den Betriebskosten und den Instandhaltungskosten folgendermaßen zusammensetzen soll:

Als Grundmiete ist ein dem üblichen Zinssatz entsprechender 100-Satz des Steuerwerts anzunehmen. An Betriebskosten sollen die Ausgaben für Feuer-, Wasserzähler, Gaspflicht, Zentralheizungs- und Heizkostenverteilung, Versicherung, die event. auf den Ladenmieter allein abzuwälzende Glasversicherung, Schornstein-, Schweg- und Straßenreinigung, die Kosten der elektrischen Treppenbeleuchtung, der Warmwasserbereitung und Sommerheizung in ihrem vollen Betrag von den Mietern wiederholend werden dürfen. Das Gleiche gilt von dem Wasserzins und den Gebühren für Müllabfuhr, soweit diese nicht ohnedies unmittelbar vom Mieter erhoben werden. Längere Erörterungen brachte die Frage der Abwälzbarkeit der von dem Hausgrundstück erhobenen staatlichen Steuern und städtischen Umlagen. In Ansehung der staatlichen Liegenschaftsteuer war man darüber einig, daß die völlige Abwälzung auf die Mieter nicht gerechtfertigt sei. Man beschloß vorläufig die Abwälzung dieser zurzeit 13 Pf. für 100 M. Steuerwert betragenden Steuer für denjenigen Teil des Steueransatzes, welcher der Belastung des Hauses mit Hypotheken entspricht, für den überschüssigen Betrag jedoch nur zur Hälfte. Daneben wurde im Hinblick auf den von Oberbürgermeister Dr. Finter hervorgerufenen Charakter der

städtischen Umlage vom Grundbesitz als einer Objektsteuer vorerst die völlige Abwälzbarkeit dieser zurzeit 1,20 M. von 100 M. Steuerwert betragenden Abgabe ins Auge gefaßt. Indem man aber in beiderlei Hinsicht von dem Grundsatz ausging, daß der Hausbesitzer nicht besser gestellt zu werden braucht als der Kapitalist, welcher ein entsprechendes bewegliches Kapital mit 10 Proz. Kapitalertragssteuer versteuert, die er nicht abwälzen kann, das ist 1/2 Proz. des Kapitals, indem man die Anzuträgigkeit einer jeweiligen Festsetzung der Hypothekenbelastung, die Zweckmäßigkeit der Festsetzung eines einheitlichen Bruchteils für alle Fälle und eine durchschnittliche Belastung mit Hypotheken in Höhe von 60 Proz. des Steuerwerts berücksichtigte, gelangte man schließlich einstimmig zu dem Ergebnis, daß es der Gerechtigkeit und der entsprechenden Lage des Besitzers von beweglichem Kapital entspreche, wenn der Hausbesitzer sowohl von der staatlichen Steuer als von der Umlage auf dem Hausgrundstück soll vier Fünftel auf die Mieter abwälzen dürfen.

Über den 100-Satz der Grundmiete gingen die Meinungen zunächst auseinander. Von Seiten der Hausbesitzer wurden 6 Proz. verlangt, von den Mietervertretern nur 5 Proz. für ausreichend erklärt. Indem man berücksichtigte, daß zur Deckung der Verwaltungskosten, deren Abwälzung auf den Mieter Anlaß zu Streit und Erbitterung zu geben pflegt, ein 100-Satz von 1/2 bis 1/2 in Rechnung gestellt werden muß und, daß auch — wenigstens bei Vorhandensein von Tilgungshypotheken eine angemessene Tilgungsquote der geordneten Wirtschaft entspricht und, indem man feinerlei Auslagen wie diejenigen für Desinfektion und Kontrolle der Abortgrube, der Einfachheit halber in den Grundmietebetrag einbezogen, gelangte man schließlich einstimmig zur Aufhebung eines 100-Satzes von 6 Proz. der Grundmiete mit Einfluß der Verwaltungskosten, der Tilgungsquote und der geordneten feineren Auslagen. Es steht noch aus u. a. die Beschlußfassung über den für Instandhaltungskosten vorzuschlagenden 100-Satz und über die Verteilung der Gesamtmiete auf die einzelnen Mietwohnungen. Das vorzuschlagende Formulare soll den Beteiligten zur Anwendung empfohlen, vom Mietzinsungsamt bei Entscheidungen in wirtlichen Streitfällen — zurzeit gemäß § 2 Abs. 2, § 6 Abs. 2 der Mietrechtsverordnung vom 23. 9. 18, § 5 Abs. 2 in der Fassung vom 22. 6. 19, § 2 der Bad. VO. vom 15. 7. 19 — als Richtschnur zugrunde gelegt werden. Es ist zu erwarten, daß dieses Vorgehen zur Befriedigung der berechtigten Forderungen der Hausbesitzer beiträgt, indem gleichzeitig die durch den Mieterschutz zurzeit bevorzugten Mieter nicht zu stark belastet werden unter der Einwirkung des allmählich wieder anzubahmenden freien Verkehrs auch auf dem Wohnungsmarkt.

Es wäre von Interesse, wenn einmal von sachverständiger Seite eine Darlegung gegeben würde, aus der die ungefähre Höhe der bei Anwendung der obigen Grundsätze zu erwartenden Mietpreise aus geeigneten Beispielen und in runden Zahlen zu ersehen wäre.

**Todesfall.** Im 83. Lebensjahr ist Generalleutnant z. D. Adolf Freiherr Hedlin von Hedlinsau gestorben. Der Entschlafene war in Eitenheim geboren und im Jahre 1858 in das 2. Bad. Inf. Reg. in Mannheim eingetretten. Er machte die Feldzüge 1866 und 1870/71 mit und durchlief nach dem Krieg gegen Frankreich die einzelnen Rangstufen bis zum Generalleutnant. Als solcher wurde er 1894 zur Disposition gestellt und lebte seit dieser Zeit in Karlsruhe.

Sch. Kolosseum. Mit dem Neujahrprogramm hatte Herr Direktor Kiefer eine glückliche Hand. Das Programm darf in jeder Hinsicht als kritiklos angesehen werden. In bühnenmännischer ansprechender Weise bringt Frau Florenz einige hübsche Vorträge zum Vortrag. Irene Joffor ist eine geschickte Künstlerin, welche auf verschiedenen Instrumenten brilliert. Vorzügliche Leistungen, aus gleichmäßigem Gebiete bieten Straube und Partnerin, Bewundernswerte Experimente in der Magie zeigen Kessler. Die Leistungen übertrafen das Alltägliche bedeutend. Die Familie Hübner zeigen, was in der Akrobatik erreicht werden kann und bringen angenehme Abwechslung in das gute Programm. Als eine ganz hervorragende Nummer dürfen die Amoretten, lebende Porzellan-Meisterwerke angesehen werden. Diese künstlerischen Darstellungen ringen dem Publikum faunende Bewunderung ab. Der fälschliche Charakterismus Hugo Voigt behandelt mit Witz und Humor das Soldatenleben. Die komischen Darbietungen auf dem Drahtseil durch Kessi Parkins und Partner bilden den Schluß des Programms. Das Publikum nimmt die einzelnen Nummern mit großem Beifall auf und lobt hierdurch die Künstler für ihre Darbietungen in dankbarer Weise. Die Hauskapelle vervollständigt das in jeder Weise empfehlenswerte Programm auf beste und befriedigt verläßt der Besucher die Vorstellung.

Na. Auf dem Viehmarkt am 10. d. M. war der Auftrieb nicht sehr groß, er betrug im ganzen 124 Stück Vieh und zwar 14 Ochsen, 12 Bullen, 19 Kühe und 16 Färsen, 9 Kälber und 54 Schweine. Für Großvieh betrug der Preis für den Zentner Lebendgewicht zwischen 450 und 550 M., Kälber wurden mit 9-10 M., das Fund lebend bezahlt und Schweine mit 13,50 bis 16 M. Infolge der geringeren Zufuhr ging das Geschäft flott, der Markt wurde geräumt.

## Badische Gemeindefchau.

BL. Lahr, 11. Jan. Nachdem in Kürzell sämtliche drei Wahlgänge resultatlos verlaufen sind, hat das Ministerium des Innern den Landwirt W. Kopf 2 zum Bürgermeister ernannt, der schon einmal als Gemeinderat stellvertretungsweise das Amt des Bürgermeisters verwaltete. — Im Gemeindefeld von Schuttertal wurde der Landwirt Betteker von einem rollenden Stammes lebensgefährlich verletzt.

LPD. Mosbach, 11. Jan. Das neue Stadtelb wird in den nächsten Tagen in den Verkehr gebracht werden. Die Stadt, Münze zeigt auf der einen Seite die Zahl 10 und auf der anderen das Bild des Markthaus mit der Umschrift: „Auf dem Mosbacher Rathaus geht ständig der Draht aus.“

## Literarische Neuerscheinungen.

**Paul Jech: Ereignis. Novellen.** Mascheron-Verlag München. Paul Jech, dessen Lyrik längst seiner Anpreisung mehr bedarf, zeigt sich hier als Professor von Qualität. Mit dramatischer Wucht, in kurzen, dringlichen Sätzen malt er visionäre Bilder menschlichen Geschehens: Hoff, Liebe und Verzweiflung, uralter rasender Kampf der Geschlechter, furchtbare, unerbittliche noch als der Kampf der Völker, der in einzelnen Bildern blutrot im Hintergrunde aufleuchtet.

**Otto Hatz: Rein und Ja. Roman.** (E. Fischer, Verlag, Berlin.) Der Schauplatz ist das Jülich des Kriegs. Man erwartet keine Schilderung von Schiebern, Spionen und Hotelgästen. Das Zeitgeschichtliche fehlt nicht, aber das Thema bildet Fragen der Energie; es ist der Roman der Charakterbildung. Was nicht Impuls bleibt, wird Dialekt, sagt Jech und sucht im Gegensatz zum dämonischen Stammeln, die Kraft zur Humanität.

# Badische Zeitungsstimmen.

Die den Inhalt der hier veröffentlichten Zeitungsstimmen übernimmt die Redaktion keine politische Verantwortung. Die Zeitungsstimmen dienen dem Zweck der Orientierung; sie sollen ein objektives Bild geben von den Stimmungen und Meinungen, die in den Kreisen des Landes zum Ausdruck gelangen.

## „Auftrumpfende Verleumdungsfucht.“

Unter dieser Überschrift schreibt der „Vollstreuer“:  
Trotzdem sich die ganze Welt darüber einig ist, daß das deutsche Volk sein nationales Unglück in erster Linie der auftrumpfenden Überheblichkeit seiner ostelbischen Junker samt militaristisch-nationalistischem Anhang verdankt, werden die chauvinistischen Volksverleumder nicht müde, in gepreizter Rügenhaftigkeit immer wieder die Schuld von sich abzumägen und den schwereladenden breiten Volksmassen zuzuweisen. Um diese Methode besser in Geltung bringen zu können, machen sie sich gleichzeitig an, einzelne Erbpächter nationalen Tuns zu sein, indem sie die Handlungen anderer Mitbürger als nicht national verschreien, ja ihnen das nationale Handeln absprechen. Aus diesem Gesichtspunkt heraus schreibt die „Süddeutsche Zeitung“:

„Nach gilt in den Kreisen, die im heutigen Deutschland eine bestimmte Rolle spielen, für einen Kavalier, für „reaktionär“, sich national ohne Vorbehalt zu nennen und entsprechend zu handeln.“

Indem wir diese freche Verleumdung des heutigen Deutschland in schärfster Form zurückweisen, möchten wir gleichzeitig feststellen, daß es die Politik der Deutschnationalen war, die uns in den Krieg hineinführte, die uns den U-Bootskrieg, den Krieg mit Amerika und den Zusammenbruch brachte, ja möchten wir gleichzeitig aussprechen, daß es auch heute noch die antinationale Politik der Deutschnationalen in der Entwaffnungsfrage u. Einwohnervermehrungsfrage ist, die uns fortsetzt

Schwierigkeiten beim Wiederaufbau macht. Umgekehrt aber ist es die nationale Politik des demokratischen Deutschland, die sich bemüht, aus den von der Reaktion hinterlassenen Trümmern Deutschlands das Land und die Nation neu aufzubauen. So können wir es ruhig der Geschichte überlassen, ihr Urteil zu sprechen, wer national im wahren Sinne des Wortes handelt, oder national in Gänjesföhchen: Die republikanischen Baumeister des zusammengebrochenen Vaterlandes oder die „deutschnationalen“ Volksverleumder, die im Welschsaarwahn mit dem Reich va banque spielten, es damit zerstörten, um dann über diejenigen zu spotten, die es in mühevoller Arbeit wieder aufrichteten?“

# Staatsanzeiger.

Durch Entschließung des Staatsministeriums vom 30. Dezember d. J. wurde der wissenschaftliche Hilfsarbeiter bei der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Augustenberg Dr. R. Müller zum Direktor des Weinbauinstituts in Freiburg ernannt.

Vom Justizministerium ist unterm 8. Dezember d. J. Gerichtsassessor Paul Kiebel aus Rehl als Rechtsanwalt beim Landgericht Offenburg mit dem Wohnsitz in Offenburg zugelassen worden.

Das Justizministerium hat unterm 6. Januar d. J. die Justizakquise Rudolf Altmann beim Amtsgericht Werach, Friedrich Wörne beim Amtsgericht Weisbach, Karl Geist und Jakob Ohr beim Amtsgericht Mannheim, sowie Karl Fundstein beim Notariat Bendorf zu Oberjustizsekretären ernannt.

Das Ministerium des Innern hat mit Ernächtigung des Staatsministeriums den Amtmann Dr. Walter Müller, zurzeit beim Bezirksamt Wolfach, auf den 15. Januar d. J. zum Bezirksamt Weinsheim versetzt.

Die Berichtsvollzieher Georg Geier und Anton Graf in Bruchsal, Georg Koster und Philipp Tränmer in Rammheim, Simon Kierneisel in Heidelberg und Georg Klaus in Freiburg sind in den Ruhestand getreten. Berichtsvollzieher Hermann Boll in Baden ist gestorben.

Karlsruhe, den 7. Januar 1921.

Justizministerium.

Der Ministerialdirektor:

Bernauer.

Büchler.

## Errichtung von Finanzämtern.

Seit August d. J. ist in Singen ein Finanzamt im Sinne von § 8 Abs. 2 der Reichsabgabenordnung errichtet. Die Dienst-räume befinden sich im Enzenbergischen Schloß. Der Geschäftsbezirk des Amtes umfaßt den Amtsgerichtsbezirk Radolfzell und den Amtsbezirk Engen mit Ausnahme der Orte Auf-singen, Gintlingen, Immendingen, Kirchen und Hausen i. L., Reipfendingen, Möhringen und Zimmern, die auf 1. Januar 1921 dem Finanzamt Donaueschingen zugeteilt werden. Das Finanzamt Singen übernimmt die Geschäfte des bisherigen Hauptsteueramts Singen mit Ausnahme der Geschäfte wegen der Zölle und Verbrauchssteuern sowie der badischen Fleischsteuer, ferner die Geschäfte der bisherigen Steuerkommis-sion Singen und Radolfzell, die auf den 31. Dezember d. J. aufgehoben werden, nachdem der Dienst schon seit dem August d. J. mit dem Finanzamt vereinigt war.

Die Landesbehörden werden wegen des Anlasses von Justiz- und Polizeigeschäften hierauf besonders aufmerksam gemacht.

Karlsruhe, den 31. Dezember 1920.

Der Präsident des Landesfinanzamts.

Röhler.

Beckert.

# Badisches Landestheater.

Donnerstag, 13. Januar 1921: 7-10 Uhr. 17 Mk.

## Figaros Hochzeit.

### Für Karlsruhe

wird strebamer Herr mit eigenen Varmitteln von einigen Tausend Mark als LEITER

eines sehr gewinnbringenden Unternehmens sofort gesucht. Zu verdienendes bedeutend. hohes Einkommen. Da genaue Anweisung vom Kaufe erfolgt, sind Branchenkenntnisse nicht erforderlich. Ausführliche Bewerdungen mit Altersangabe zc. erbittet Mercedes - Lloyd, Berlin - Charlottenburg 5.

### Röntgenfachmann

## am städt. Krankenhaus Baden-Baden.

Anlässlich der Erweiterung des Krankenhauses ist die Aufnahme einer neuzeitlich ausgestatteten Röntgenanlage unter Leitung eines Fachmannes (Röntgenologen) vorgesehen. 3.810 Ärzte mit Spezialkenntnissen und Erfahrungen im Röntgenfach werden aufgefordert, unter Angabe der Ausbildung, der bisherigen ärztlichen Tätigkeit und der Gehaltsansprüche sowie Verfügung von Lebenslauf und Zeugnissen binnen 3 Wochen Bewerbung beim Stadtrat einzureichen. Stadtrat Baden-Baden.

## Expres-Begleitadressen

(Eisenbahn-Pakettarten)

## Frachtbriefe Eilfrachtbriefe

in neuester Fassung  
liefert billig, bei größerem Bedarf  
mit Preisermäßigung

## G. Braunsche Hofbuchdruckerei

in Karlsruhe, Karlsruherstraße 14.  
(Schaltrraum).

## Gemeinnützige Baugenossenschaft G. m. b. H., Muggensturm (Baden).

Bilanz per 31. Dezember 1919.

Aktiva.		Passiva.	
Kassa-Konto	374,85	Stammanteil-Konto	23 590,-
Effekten-Konto	275,-	Reservef. d. St.	195,-
Kontoforr.-St.	23 075,15		23 725,-
	23 725,-		
Mitgliederhand.		Geschäftsguthaben und	
Stand am 31. Dezember		Kasssumme.	
1919 (Gründung April		Stand am 31. Dezember	
1919)	64	1919	
		24 400,-	
Muggensturm, den 20. September 1920.		Der Vorstand:	
		Kaistner.	Christ.
			3.801

### Buchhalterstelle

Bei der städt. Werkstätte ist die Stelle eines Buchhalters sofort zu besetzen. Bewerber müssen im städt. Kassen- und Rechnungswesen gut bewandert sein und

insbesondere die Hauptbücher selbstständig führen können. 3.809.2.1 Bewerbungen mit Lebenslauf und Zeugnissen an das städt. Rechnungswesen, Billingen, 11. Jan. 1921. Der Gemeinderat.

## Kaufe u. verkaufe

fortwährend getragene Herren- und Damenbekleidungsstücke, Uniformen, Wäsche, Schuhe, Uhren, Reisezeuge, Ferngläser, Musikinstrumente, Gold, Silber, Brillanten, Möbel aller Art, Nähmaschinen, Kinderwagen usw. usw. Gefl. Angebote erbittet Weintraubs An- und Verkaufsgeschäft Karlsruhe Kronenstraße 52 Teleph. Nr. 3747

## Bürgerliche Rechtspflege.

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

### Angebot.

B.351.2.1 Heidelberg. Die Architekt Adam Mohr Ehefrau, Sophie Margarete geb. Wagenmann in Heidelberg, Akademiestr. 6, hat das Aufgebot des zu ihren Gunsten ausgestellten Hypothekenbriefes über die im Grundbuch Nr. 4 auf das Grundstück Lgb. Nr. 725 der Gemarkung Heidelberg (Akademiestr. 6) eingetragene Hypothek für Darlehen in Höhe von 5 000 M. beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf Dienstag, 10. Mai 1921, vormittags 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Aufgebotsstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Urkunde zur Löschung erklärt wird. Heidelberg, 5. Jan. 1921. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts 3.

### Angebot.

B.357.2.2 Heidelberg. Der Architekt Ludwig Mayer in Freiburg i. Br. hat das Aufgebot des ihm abhanden gekommenen Teilhypothekenbriefes über 40 000 M. Teilbetrag der im Grundbuch von Heidelberg Band 19, Heft 11, dritte Abteilung Nr. 3 eingetragenen 60 000 M. zu Gunsten des Antragstellers, lassend auf dem Grundstück Lgb. Nr. 474 der Gemarkung Heidelberg, Hauptstr. Nr. 95, Eigentümer Herrhändler Peter Kommeß hier und dessen Ehefrau, Babette geb. Müller zu je 1/2, Miteigentum beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf Dienstag, 10. Mai 1921, vormittags 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Aufgebotsstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Urkunde zur Löschung erklärt wird. Heidelberg, 3. Jan. 1921. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts 1.

### B.358.2.1 Pforzheim.

Es ist beantragt, den Grundschuldbrief für kraftlos zu erklären, der vom Grundbuchamt Pforzheim über die Eintragung einer Grundschuld in Höhe von 20 000 M. nebst 5% Zins vom 24. X. 1917 an, für die Karl Grimm Ehefrau auf dem Grundstück der Gemarkung Pforzheim, Lgb. Nr. 3116 - Grundbuch Band 145 Heft 16 Abt. III Nr. 9 - erteilt worden ist. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf: Donnerstag, 19. Mai 1921, vormittags 9 Uhr, Zimmer 13 vor dem Bad. Amtsgericht Pforzheim anberaumten Aufgebotsstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls ihre Kraftlosklärung erfolgen wird. Pforzheim, 5. Januar 1921. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts A. 3.

### B.352.2.2 Raftatt.

Das Amtsgericht Raftatt hat heute folgendes Aufgebot erlassen: Die Anna Kraus I Ehefrau geb. Kleinbusch in Elchesheim hat beantragt, ihren am 2. November 1843 in Elchesheim geborenen Ehemann, den Landwirt Leopold Kraus I, zuletzt wohnhaft in Elchesheim, für tot zu erklären. Der Verschollene ist am 9. Juli 1905 von zu Hause weggegangen und hat seitdem keine Nachricht mehr von sich gegeben. Vermutlich hat er den Tod im Rhein gefunden. Der bezeichneter Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf Freitag, 29. Juli 1921, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Raftatt anberaumten Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird. An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gerichte Anzeige zu machen. Raftatt, 30. Dez. 1920. Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

### B.320

Zum Güterrechtsregister Band I Seite 361 ist eingetragen: Friedrich Saaler, Kaufmann in Leningen, und dessen Ehefrau Frieda geb. Gebhardt d. d. s. l. Gütertrennung unter Aufhebung des bisherigen Güterrechtes. Vertrag vom 23. Dezember 1920. Weilgen Band IX S. 146. Emmendingen, 31. Dez. 1920. Bad. Amtsgericht 1.

### B.361

Güterrechtsregister Band I Seite 401: Kas, Kasimir Hermann, Holzhändler, und Elsa geborene Kraft in Gernsbach. Vertrag vom 26. Dezember 1920 Verwaltung und Rücknahme des Ehemannes an Vermögen der Ehefrau ausgeschlossen. Gernsbach, 6. Januar 1921. Bad. Amtsgericht.

### B.321

Güterrechtsregister Band VI S. 412 Kruger, Heinrich, Dr. med., Assistent in Heidelberg, und Anna geb. Bach. Vertrag vom 16. Dezember 1920. Errungenschaftsgemeinschaft. Heidelberg, 8. Januar 1921. Amtsgericht 5.

### B.371

In das Güterrechtsregister ist zu Band X eingetragen: Seite 45: Koch, Otto, Kaufmann, Karlsruhe-Grünwinkel, und Elise geb. Beder. Vertrag vom 28. Dezember 1920. Errungenschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau. Seite 46: Laub, Karl,

### 30. Dezember 1920 ausge-

sprochen, daß die Eigentümer der Grundstücke Lgb. Nr. 6432 und 302 der Gemarkung Weisbach verpflichtet sein sollen, nach vorgängiger Entschädigung die Eintragung beschränkter persönlicher Dienstbarkeiten auf ihren Grundstücken zugunsten des badischen Landesfiskus - Wasser- und Straßenbau-Verwaltung - des Inhalts zu dulden, daß der Landesfiskus berechtigt ist, auf dem Grundstück Lgb. Nr. 6432 einen Holzdoppelmast und auf dem Grundstück Lgb. Nr. 302 einen Gittermast der staatlichen 20 000 Voltleitung

### von Landshausen nach

Heidelberg aufzustellen, die erforderlichen Leitungen zu ziehen, diese Anlage zu betreiben, zu beaufsichtigen und in Stand zu halten. Heidelberg, 6. Jan. 1921. Bezirksamt.

### Die Errichtung

einer Hochspannungleitung auf Gemarkung Heidelberg betr. Das Staatsministerium hat mit Entschließung vom 4. Januar 1921 ausgesprochen, daß die Eigentümerin des Grundstücks Lgb. Nr. 2731 der Gemarkung Heidelberg verpflichtet sein soll,

### nach vorgängiger Entschä-

digung die Eintragung einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit auf ihren Grundstücke zugunsten des badischen Landesfiskus - Wasser- und Straßenbau-Verwaltung - des Inhalts zu dulden, daß der Landesfiskus berechtigt ist, auf dem Grundstück Lgb. Nr. 2731 der Gemarkung Heidelberg einen Eisenmast der staatlichen Hochspannungsleitung aufzustellen, die Leitung einzurichten, in Betrieb zu nehmen und zu unterhalten. B.380 Heidelberg, 10. Jan. 1921. Bezirksamt.

# Zentral-Güterrechts-Register für Baden.

### Bruchsal.

B.329 Güterrechtsregister Band I Seite 198 betr. Leutensthalger, Johann, Landwirt in Heilsheim, und Margaretha Elisabetha geb. Grün: Laut Nachtrag vom 15. Dezember 1920 zum Ehe- und Erbevertrag vom 26. Februar 1902 sind die in § 1 bezeichneter Ergebnisse von der Ehefrau angekauft worden. Bruchsal, 29. Dez. 1920. Amtsgericht.

### Bruchsal.

B.330 Güterrechtsregister Band III Seite 23: Welfer, Gustav, Kaufmann in Bruchsal, und Sophie geb. Scheerle. Vertrag vom 18. Dezember 1920: Gütertrennung. Bruchsal, 4. Januar 1921. Amtsgericht.

### Emmendingen.

B.320 Zum Güterrechtsregister Band I Seite 361 ist eingetragen: Friedrich Saaler, Kaufmann in Leningen, und dessen Ehefrau Frieda geb. Gebhardt d. d. s. l. Gütertrennung unter Aufhebung des bisherigen Güterrechtes. Vertrag vom 23. Dezember 1920. Weilgen Band IX S. 146. Emmendingen, 31. Dez. 1920. Bad. Amtsgericht 1.

### Gernsbach.

B.361 Güterrechtsregister Band I Seite 401: Kas, Kasimir Hermann, Holzhändler, und Elsa geborene Kraft in Gernsbach. Vertrag vom 26. Dezember 1920 Verwaltung und Rücknahme des Ehemannes an Vermögen der Ehefrau ausgeschlossen. Gernsbach, 6. Januar 1921. Bad. Amtsgericht.

### Heidelberg.

B.321 Güterrechtsregister Band VI S. 412 Kruger, Heinrich, Dr. med., Assistent in Heidelberg, und Anna geb. Bach. Vertrag vom 16. Dezember 1920. Errungenschaftsgemeinschaft. Heidelberg, 8. Januar 1921. Amtsgericht 5.

### Karlsruhe.

B.371 In das Güterrechtsregister ist zu Band X eingetragen: Seite 45: Koch, Otto, Kaufmann, Karlsruhe-Grünwinkel, und Elise geb. Beder. Vertrag vom 28. Dezember 1920. Errungenschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau. Seite 46: Laub, Karl,

### Architekt, Karlsruhe, und

Luis geb. Wohlwend. Vertrag vom 28. Dezember 1920. Gütertrennung. Seite 47: Knäuper, Emil, Mechaniker, Karlsruhe-Beiertheim, und Helena geb. Lina geb. Martin. Vertrag vom 3. Januar 1921. Gütertrennung. Karlsruhe, 7. Jan. 1921. Badisches Amtsgericht B. 2.

### Mannheim.

B.362 Zum Güterrechtsregister Band XIV wurde heute eingetragen: 1. Seite 253: Adolf Warr, Kaufmann, und Auguste geb. Rapp in Mannheim. Vertrag vom 10. Dezember 1920. Errungenschaftsgemeinschaft. Vorbehaltsgut der Frau ist ihr im Ehevertrag verzeichnetes eingebrachtes Vermögen, sowie dasjenige, was sie während der Ehe durch Erbschaft oder Schenkung erwirbt. 2. Seite 254: Hermann Pfalz, Maler, und Margarete geb. Speicher in Mannheim. Vertrag vom 17. Dezember 1920. Errungenschaftsgemeinschaft. 3. Seite 255: Paul Lorenz, Kaufmann, und Maria geb. Schmelzer in Mannheim. Vertrag vom 23. Dezember 1920. Errungenschaftsgemeinschaft. Vorbehaltsgut der Frau ist ihr im Ehevertrag bezeichneter eingebrachtes Gut, sowie alles, was sie künftig durch Erbschaft, Schenkung, oder auf sonstige Weise erwirbt. 4. Seite 256: Heinrich Habermann, Obergerichtsurat, und Anna geb. Erdmann in Mannheim. Vertrag vom 3. Januar 1921. Gütertrennung. Mannheim, 8. Jan. 1921. Bad. Amtsgericht B. G. 4.

### Offenburg.

B.259 Bezirksregister Band I O. B. 47: St. Vincentius-Berein Hofweier. Offenburg, 30. Dez. 1920. Amtsgericht.

### Pforzheim.

B.311 Bezirksregister Band I O. B. 51, Verein Hundesport E. V. Mannheim in Mannheim wurde heute eingetragen: Der Name des Vereins ist geändert in: Vereinigte Hundesportvereine Mannheim. Mannheim, 5. Januar 1921. Bad. Amtsgericht B. G. 4.

### Offenburg.

B.259 Bezirksregister Band I O. B. 47: St. Vincentius-Berein Hofweier. Offenburg, 30. Dez. 1920. Amtsgericht.

### Pforzheim.

B.364 Bezirksregister Band I O. B. 51, Verein Hundesport E. V. Mannheim in Mannheim wurde heute eingetragen: Der Name des Vereins ist geändert in: Vereinigte Hundesportvereine Mannheim. Mannheim, 5. Januar 1921. Bad. Amtsgericht B. G. 4.

### von Todeswegen oder mit

Rückzicht auf ein künftiges Erbrecht, durch Schenkung oder als Vermächtnis erwirbt. Amtsgericht Pforzheim.

### Schwetzingen.

B.348 Güterrechtsregister Band II Seite 359: Hans Adam, Bierbrauereibesitzer, und Karolina Elisabetha geb. Wölbe. Vertrag vom 28. Juli 1920. Errungenschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut. 380: Spilger, Friedrich, Landwirt in Schwetzingen, und Karolina geb. Federoff. Vertrag vom 3. November 1920. Errungenschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut. Schwetzingen, 6. Jan. 1921. Amtsgericht 2.

### Trieburg.

B.313 Güterrechtsregister Seite 485: Emil Niegger, Metzger in Trieburg, und Magdalena geb. Stulz. Vertrag vom 28. Dezember 1920. Gütertrennung. Trieburg, 30. Dez. 1920. Bad. Amtsgericht 1.

### Bereins-Register.

B.372 Zum Vereinsregister Bd. I O. B. 51, Verein Hundesport E. V. Mannheim in Mannheim wurde heute eingetragen: Der Name des Vereins ist geändert in: Vereinigte Hundesportvereine Mannheim. Mannheim, 5. Januar 1921. Bad. Amtsgericht B. G. 4.

### Offenburg.

B.259 Bezirksregister Band I O. B. 47: St. Vincentius-Berein Hofweier. Offenburg, 30. Dez. 1920. Amtsgericht.

### Pforzheim.

B.364 Bezirksregister Band I O. B. 51, Verein Hundesport E. V. Mannheim in Mannheim wurde heute eingetragen: Der Name des Vereins ist geändert in: Vereinigte Hundesportvereine Mannheim. Mannheim, 5. Januar 1921. Bad. Amtsgericht B. G. 4.